

## Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im

Die Landesregierung hat beschlossen, dass die Lehramtsanwärter/innen (LAs) in allen Schularten ab dem Schuljahr 2007/08 eine Stunde mehr selbständigen Unterricht halten müssen. Diese Erhöhung wird mit den steigenden Zahlen der LAs und den damit verbundenen Kosten begründet. Durch die Erhöhung wird von den LAs unbezahlt zusätzlicher Unterricht im Umfang von ca.

280 Deputaten erbracht. Diese Maßnahme wirkt sich auf die Einstellungschancen der jungen Lehrer/innen aus. Die Landesregierung hat bereits für 2006/07 521 Lehrerstellen gesperrt, das bedeutet, auf diesen Stellen werden keine jungen Lehrer/innen eingestellt. Für 2007/08 sind weitere 280 Stellen zur Sperrung vorgesehen. Diese 280 Stellen entsprechen den 280 Deputaten, die von

den LAs erbracht werden müssen.

Die Landesregierung plant also zweierlei: Einerseits sollen die LAs die Kosten ihrer Ausbildung durch unbezahlte Mehrarbeit selbst erwirtschaften. Diese Maßnahme trifft eine Personengruppe, deren Arbeits- und Besoldungsbedingungen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert wurden. Außerdem ersetzt die Landesregie-



Volker Schebesta,  
MdB, bildungspoliti-  
scher Sprecher der  
CDU.

### + Volker Schebesta

Bildungspolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion

Eine gute Versorgung der Schulen in Baden-Württemberg mit Lehrkräften hat für die CDU-Landtagsfraktion einen hohen Stellenwert. Deshalb wurden in der letzten Legislaturperiode 5.500 neue Lehrerstellen geschaffen und deshalb wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, in den kommenden Jahren die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für bildungspolitische Maßnahmen einzusetzen. Wir brauchen engagierte junge Menschen, die sich für ein Lehramtsstudium entscheiden.

Die Zahl der Absolventen von Lehramtsstudiengängen steigt bis zum Schuljahr 2008/09 um rund 4.000. Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung dient dazu, einen Numerus Clausus für Referendarsstellen wegen dieser erhöhten Zahl zu vermeiden und alle Referendare ohne Wartezeit ausbilden zu können. Das Land stellt für die zusätzlichen Referendarsgehälter rund 61 Mio. Euro bereit – insgesamt werden also trotz erheblicher Sparzwänge keine Mittel gestrichen.

Dass sich der praktische Anteil der Lehrerausbildung erhöht, kann sich auch positiv auf die

Ausbildungsqualität auswirken. Im Übrigen liegt Baden-Württemberg bei der Unterrichtsverpflichtung für Referendare im Bundesvergleich eher im unteren Drittel. Da die Pensionierungszahlen in den kommenden Jahren steigen, sind die Einstellungschancen für Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor vergleichsweise gut.

### + Dieter Kleinmann

Bildungspolitischer Sprecher  
der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Über das richtige Maß des Umfangs der Unterrichtsverpflichtung während des Referendariats mag man streiten. Andere Bundesländer praktizieren höhere Unterrichtsverpflichtungen. Nach der Erhöhung um eine Unterrichtsstunde wird sich Baden-Württemberg im mittleren Bereich bewegen. Die Behauptung einer dadurch eintretenden Verschlechterung der Ausbildungsqualität will mir nicht einleuchten.

Nach meinen Begriffen lässt sich ernsthaft ebenso wenig Anstoß daran nehmen, dass die von den Referendaren künftig zusätzlich erteilten Unterrichtsstunden für den Haushalt des Landes in der Tat eine Entlastung bedeuten, und zwar in Höhe von 17,5 Mio.

Euro in den Haushaltsjahren 2007/08. Dem steht gegenüber, dass eben hierdurch die Bereitstellung zusätzlicher Referendarsstellen möglich wird, so dass alle Absolventen von Lehramtsstudiengängen, deren Zahl derzeit erfreulicherweise ansteigt, ohne Wartezeit in die Referendarsausbildung eintreten können. An zusätzlichen Gehaltszahlungen fallen hierdurch rund 61 Mio. Euro an. Unter dem Strich ist die Maßnahme also alles andere als ein Sparmodell.

Die Alternative wäre gewesen, den Zugang zum Referendariat mit einem Numerus clausus zu versehen. Dies hätte in der Tat einen – wenn auch nur vorübergehenden – Einspareffekt gehabt, wäre aber das gerade Gegenteil davon gewesen, die Attraktivität von Lehramtsstudium und Lehrerausbildung insgesamt zu steigern. Die Entscheidung der Landesregierung für den anderen Weg ist daher richtig.



Dieter Kleinmann,  
MdB, bildungspoliti-  
scher Sprecher der  
FDP/DVP.

Weitere Infos unter:  
[www.gew-  
bw.de/Ref.html](http://www.gew-bw.de/Ref.html)

## Vorbereitungsdienst



rung Unterricht, der bisher von ausgebildeten Lehrer/innen gehalten wurde, durch Unterricht, der von Lehrer/innen in Ausbildung gehalten wird. Dies beeinträchtigt die Qualität des Unterrichts. Vor allem aber wird die Qualität der Ausbildung der LAs durch die zusätzliche Belastung gefährdet.

Von einer zeitgemäßen, qualifizierten und attraktiven Leh-

rer/innenausbildung kann nicht mehr gesprochen werden. Die zusätzlichen Belastungen senken die Qualität und schränken die Attraktivität einer Lehramtsausbildung erheblich ein. Die Landesregierung riskiert, dass sich nicht mehr genug junge Menschen für eine Lehramtsausbildung entscheiden. Und sie gefährdet den Erfolg dieser Ausbildung.

Die GEW lehnt die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung eindeutig ab. Sie hat die LAs aufgerufen, mit einer Postkartenaktion gegen die Stundenerhöhung zu protestieren. Wir rufen die Landtagsfraktionen auf, diese unsinnige Sparmaßnahme zurückzunehmen.

Michael Hirn



Michael Hirn, verantwortlicher b&w Redakteur und einer der Stellvertreter von Rainer Dahlem im Team mit Doro Moritz und Barbara Haas.

### – Renate Rastätter

Bildungspolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion

Wir Grünen lehnen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für LehramtsanwärterInnen ab und werden im Landtag bei den Haushaltsberatungen die Zurücknahme dieses inakzeptablen Beschlusses beantragen.

Mit dieser unbezahlten Mehrarbeit wird von den Referendaren nicht nur ein Sonderopfer verlangt, sondern es wird auch in Kauf genommen, dass die Ausbildungsqualität dadurch verschlechtert wird. Eine solche Entscheidung ist kontraproduktiv für das Ziel, den Lehrerberuf attraktiver zu machen und junge hoch motivierte und leistungsstarke junge Menschen, vor allem junge Männer, für den Lehrerberuf zu interessieren. Denn die ohnehin schon hohe Belastung der Referendare wird noch höher und gleichzeitig spart die Landesregierung an der Bildung.

Die Nichtbesetzung der 280 Lehrerstellen, die durch die unbezahlte Mehrarbeit der Referendare ausgeglichen wird, ist ein klarer Bruch des Wahlversprechens. Dabei hatte die Landesregierung vor den Landtagswahlen im März letzten Jahres ein wegweisendes Versprechen abgegeben. Trotz rückläufiger Schülerzahlen wollte

sie alle zwischen 2001 und 2006 geschaffenen zusätzlichen 5500 Lehrerstellen bis zum Jahr 2011 im Bildungsbereich erhalten. Längst schon werden diese Stellen als Steinbruch für Einsparungen genutzt. Erst kam die Hiobsbotschaft, dass 521 Lehrerstellen nicht besetzt werden und jetzt kommen noch weitere 280 Stellen dazu. Fazit: Eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung und schlechtere Einstellungs-chancen der Junglehrer werden die traurige Folge sein.

### – Dr. Frank Mentrup

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Worum geht es bei der geplanten Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendarinnen und Referendare? Will die Landesregierung besser auf die bevorstehende Pensionierungswelle reagieren können? Mitnichten. Wieder einmal ist die finanzpolitische Absicht unverkennbar. Es handelt sich um eine verkappte Sparmaßnahme.

Was ist die Folge der Maßnahme: Mehr Lehramtsanwärterinnen und -anwärter und mehr Unterrichtsstunden für diese führen zu Stellensperrungen für ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen und sparen Geld ein.

Damit bricht die Regierung Oettinger ihre Wahlversprechen, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer nicht zu reduzieren und in Bildung mehr zu investieren. Denn durch diese und verschiedene andere Maßnahmen (z.B. Jugendbegleiter, Evaluation) werden dem aktiven Dienst im Klassenzimmer in den nächsten Jahren über 1.800 Personalstellen entzogen oder nicht wieder besetzt.

Das Verhältnis der erfahrenen zu den unerfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen verschlechtert sich. Und die Referendare erarbeiten durch ihre Mehrarbeit die eigene Entlassung nach dem Vorbereitungsdienst, da die Zahl der verfügbaren Stellen dadurch sinkt. Ausgebildete Pädagogen werden durch Auszubildende ersetzt. Das ist ein bildungspolitischer Skandal und ein weiterer Taschenspielertrick zur statistischen Verschleierung von Unterrichtsausfall und mangelnder Qualität in der fachlichen Unterrichtsversorgung, wie sie uns aus vielen Städten und Gemeinden vor Ort gemeldet werden.



Renate Rastätter, MdL, bildungspolitische Sprecherin der Grünen.



Dr. Frank Mentrup, MdL, bildungspolitischer Sprecher der SPD.